

# Keine Demokratie ohne Bildung

**Volksinitiative** Junge FDP will Staatskundeunterricht in der Verfassung verankern

«Um seine Rechte wahrnehmen zu können, muss man sie kennen.» – Frei nach diesem Motto lanciert die Junge FDP Aargau eine Volksinitiative zur Einführung eines obligatorischen Staatskundeunterrichts.

ALOIS FELBER

Junge Aargauerinnen und Aargauer haben salopp gesagt «keinen blassen Schimmer», wenn man sie nach dem Funktionieren des Schweizerischen Staatswesens, seiner Institutionen und politischen Abläufe fragt. Das zumindest scheint das Resultat einer Umfrage der Jungfreisinnigen zu bestätigen, welche die Partei 2004 unter Oberstufenklassen im Freiamt durchführte. Die 296 Befragten konnten im Durchschnitt nur knapp 37 Prozent eines Fragenkatalogs beantworten, bei dem es unter anderem die Anzahl Bundesräte zu nennen galt oder angekreuzt werden musste, was ein Gemeindeammann ist.

Junge Leute sollten doch aber eigentlich über das politische System Bescheid wissen, in dem sie ab 18 Jahren mitbestimmen dürfen. Und dazu braucht es ein eigenes Unterrichtsfach, sind die Jungfreisinnigen überzeugt. Deshalb haben sie gestern ihre Volksinitiative für die Einführung von obligatorischem Staatskundeunterricht lanciert. Diese will in der Verfassung des Kantons Aargau festschreiben, dass ein eigenständiges Schulfach bis zur Erlangung des Stimmrechtsalters das Wissen über die Institutionen, das Recht, die Wirtschaft und die politischen Prozesse in Bund, Kantonen und Gemeinden vermittelt.

## Lancierung an historischer Stätte

Die Junge FDP wählte zur Lancierung einen historisch bedeutsamen Ort. In der Massena-Scheune in Schinznach-Bad stellten Jeanine Glarner, Norbert Stichert, Stefan Huwyler und Titus Meier vom Initiativkomitee ihr Volksbegehren den Medien vor. Dies, weil Schinznach-Bad im 18. Jahrhun-



**SIE WOLLEN STAATSKUNDE** Stefan Huwyler, Jeanine Glarner, Norbert Stichert und Titus Meier stellen ihre Volksinitiative vor. ALOIS FELBER

dert Gründungs- und Tagungsort der «Helvetischen Gesellschaft» war, die – ganz der Aufklärung verpflichtet – auch über Verbesserungen der Zustände im Bereich der Bildung diskutierte.

## «Heutige Situation unbefriedigend»

Nun ist es nicht so, dass heute an der Oberstufe und im Gymnasium überhaupt keine Staatskunde gelehrt würde, wie Stefan Huwyler erklärte. Doch während die Initianten an der Situation am Gymnasium nichts aussetzen haben, beurteilen sie die Verhältnisse auf der Oberstufe als unbefriedigend. Gebe es doch kaum konkrete Vorgaben für eine Einbettung von staatskundlichem Unterricht, der über das Fach Geschichte und Realienpraktika abgehandelt werde. Ohne ein eigenständiges Fach sei die Behand-

lung von Staatskunde aber völlig vom Gutdünken der Lehrer abhängig. Wo hingegen Vorgaben im Lehrplan vorhanden seien, sei der Unterricht aufgrund der Zeitdotierung der entsprechenden Fächer nicht in sinnvollem Mass umsetzbar, sagte Initiativkomitee-Präsidentin Jeanine Glarner.

## Oberstufe im Visier der Initianten

Ansatzpunkt für ein Pflichtfach Staatskunde, das nicht auf Kosten anderer verwandter Fächer eingeführt werden dürfe, müsse jedoch die Oberstufe sein, sind die Initianten überzeugt. Nur ein Bruchteil der künftigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger besuche ja ein Gymnasium. Ausserdem entziehen sich die Regelungen an Mittel- und Berufsschulen zum Teil auch der kantonalen Zuständigkeit.

Doch ist eine Verfassungsinitiative der richtige Weg, um einen Staatskundeunterricht einzuführen? – Die Initianten rechtfertigen ihren Schritt damit, dass seit 1991 immer wieder entsprechende politische Vorstösse erfolglos geblieben seien. Nun sei es an der Zeit, das Thema endlich verpflichtend anzugehen. Weil es im Sinn eines demokratischen Staats sei, dass seine Stimmbürger die Funktion des Staates kennen, sei auch eine Niederschrift in der Verfassung gerechtfertigt. Letztlich wolle man nach all den Diskussionen um die Strukturen der Aargauer Schulen aber auch wieder auf deren Inhalte zu sprechen kommen, betonte JFDP-Präsident Norbert Stichert, der guter Dinge ist, die nötigen 3000 Unterschriften, und mehr, für das Volksbegehren zusammenzubekommen.